

Salzburger Stimme

Ausgabe 04/2015

Stadtzeitung der KPÖ Salzburg

Asylkrise? Solidaritätskrise?

„Reden wir nicht über Krise. Reden wir über Solidarität“

Sponsoring-Post Nr. 04/2015 Verlagspostamt: 5020 Salzburg, Zulassungsnummer: 02Z033905S, Postgebühren bar bezahlt



Unterwegs in eine bessere Zukunft / Stadt Salzburg

Diskussionsabend mit

**Dagmar Schindler
(Burgenland)**

**Freitag, 30. Oktober
19:00 Uhr**

Volksheim der KPÖ

**Elisabethstraße 11
Salzburg**

Allein im September dieses Jahres durchquerten laut offizieller Schätzungen 200.000 Flüchtlinge Österreich, viele davon via Salzburg. Ein Bruchteil von ihnen – etwa 10.000 – suchte hier um Asyl an. Die öffentliche wie auch die veröffentlichte Meinung pendelt zwischen zwei Polen: Aufopfernde Hilfsbereitschaft hier, hasserfüllte Ablehnung der Schutzsuchenden dort. Die politische Rechte fordert Mauern und Stacheldraht.

Aber welche Konzepte haben eigentlich die demokratischen Kräfte, jenseits der grundsätzlichen Hilfsbereitschaft? Wie soll das mit der Integration praktisch funktionieren? Wie sieht das mit der Akzeptanz demokratischer Normen durch die neuen Mitbürger aus? Diese Themen und viele weiteren Fragen werden Österreich, werden Salzburg die nächsten Jahre begleiten.

Die KPÖ-Salzburg lädt zu einem Diskussionsabend mit Dagmar Schindler ein. Dagmar Schindler war lange Zeit Flüchtlingsbetreuerin der evangelischen Diakonie im Burgenland, sie ist heute noch Flüchtlingsaktivistin. Die Landessprecherin der KPÖ im Burgenland ist zudem Sprecherin der „Offensive gegen Rechts“ im Burgenland.

In Salzburg wird Dagmar Schindler einen Überblick über die aktuelle Lage der Flüchtlinge in Österreich geben und versuchen, aus linker Sicht Antworten auf die drängendsten Fragen rund um die aus ihren Ländern vertriebenen Menschen zu geben.

Grüne sollen Johann Padutsch ablösen Bürgerlistenchef plante Millionengeschenk für Immobilientycoon

Es ist schon eine seltsame Geschichte, die sich da in den vergangenen Monaten vor den Augen der staunenden Salzburger Öffentlichkeit abgespielt hat. Noch vor dem Sommer sollte ein Grundstück nahe des Kommunalfriedhofes (Nonntaler Hauptstraße 102-104) umgewidmet werden, damit dort der Salzburger Großinvestor Haythem al-Wazzan bis zu 19 Luxuswohnungen in bester Lage errichten kann. Anstatt sich für den sozialen Wohnbau stark zu machen, hat das Planungsressort für den Immobilientycoon ein schönes Geschäft hergerichtet. Pech für Padutsch, die Stadtgrünen und die mit im Millionärsboot sitzende SPÖ: Mit Hilfe einer Bürgerlistengemeinderätin schafften es ÖVP, FPÖ und Neos das Projekt zu stoppen. Es gab im Gemeinderat keine Mehrheit mehr, Bürgermeister Heinz Schaden hätte

von seinem Dirimierungsrecht (bei Stimmengleichheit zählt die Stimme des Bürgermeisters doppelt) Gebrauch machen müssen. Das war Schaden dann offensichtlich doch zu heiß. Die Aktion „ein Geschenk für den Millionär“ wurde auf Herbst vertagt.

Gelernt hat der Herr Planungsstadtrat aus dem Debakel allerdings nichts. Anstatt den Akt zurückzuziehen und mit al-Wazzan so neu zu verhandeln, dass auf dem Grundstück, wie in den innerstädtischen Planungsrichtlinien vorgesehen, auch sozialer Wohnbau Platz findet, hat man einen Kompromiss geschlossen: Al-Wazzan darf nur sechs Wohnungen errichten, der Rest der Liegenschaft bleibt Gewerbegebiet. Sozialer Wohnbau? Fehl-anzeige! Vielleicht sollten die Grünen doch einmal nachdenken, ob Johann Padutsch noch der Richtige für den Job ist.

Red Bull gewinnt Stadiongesehenk für Weltkonzern

Das Stadion Kleßheim, oder „Red Bull-Arena“ befindet sich zwar formal im Landeseigentum wird aber von Red Bull exklusiv genutzt. Die Errichtungskosten waren ursprünglich 45 Millionen der Stadionausbau 2006 kostete der öffentlichen Hand nochmals 75 Millionen. Das Land erzielte im Jahr 2013 aus Stadionmieter (hauptsächlich RB) aber nur ganze 979.775,88.- an Einnahmen. Dafür kann der Konzern das Stadion samt Räumlichkeiten exklusiv und umfassend (also etwa auch für Konzerte, Events etc.) nutzen. Für die Namensgebung werden jährlich 30.000.- an Einnahmen verzeichnet.-In vergleichbaren Stadien ist dafür eine siebenstellige Summe fällig.

GLB fordert gesetzlichen Mindestlohn auch in Österreich

In den letzten 5 Jahren sind die Realeinkommen der Salzburger ArbeitnehmerInnen um 1,2% gesunken. Im Vergleich dazu sind die Preise für Wohnungen seit 2009 um 40% gestiegen. (AK Salzburg) Die Fraktion Gewerkschaftlicher Linksblock im ÖGB (GLB) fordert daher die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes auch in Österreich. Dadurch wäre garantiert, dass Löhne unter einem bestimmten Limit, etwa wie vom

GLB verlangt 10.- Euro pro Stunde, nicht mehr möglich wären. Die Erfahrung z.B. in Deutschland zeigt, dass seit Einführung eines Mindestlohnes die Kollektivvertragslöhne in besonders schlecht bezahlten Branchen wie Handel oder Gastronomie wesentlich stärker gestiegen sind als in den Jahren zuvor. Ein per Gesetz festgelegter Mindestlohn würde für hunderttausende NiedriglohnbezieherInnen, insbesondere

Frauen, aber auch Jugendliche und MigrantInnen, eine deutliche Besserstellung bedeuten.

In 22 EU-Staaten gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn!



Die ActionWeek der Salzburger Plattform gegen Rechts

von Christian Kaserer

Die Plattform gegen Rechts in Salzburg versteht sich als überparteiliche Plattform zum kollektiven, linken Aktivismus. Ihr Ziel ist es nicht nur die Vernetzung zwischen linken Gruppierungen in Salzburg zu stärken, sondern auch Veranstaltungen (z.B. Demonstrationen oder Publikationen aus dem linken Spektrum) einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Nachdem es im letzten Jahr etwas ruhiger um die Plattform wurde, entschlossen sich einige engagierte

Mitglieder nun dazu, den Aktivismus gegen Rechts wieder in den Fokus der Medien zu bringen und damit der schleichenden Salonfähigkeit von rechtspopulistischer Politik entgegen zu wirken. Begonnen wurde beispielsweise mit einer Refugees Welcome-Demo, zu welcher nahezu 2.000 Leute erschienen. Nächster Schritt ist die sogenannte ActionWeek. Sie findet vom 18. bis zum 23. Januar 2016 statt. Ziel ist es innerhalb dieses Zeitraums

möglichst viele Veranstaltungen zum Thema Antifaschismus anzubieten. Die Bandbreite reicht dabei von Lesungen durch den KZ-Verband Salzburg, über Filmabende bis hin zu einer Ausstellung durch das Literaturarchiv Salzburg. Da sich die Aktionswoche noch in Planung befindet und bereits über zehn Organisationen ihre Mitarbeit angekündigt, darf man gespannt und voller Vorfreude sein!

Sinkende Einkommen, steigende Mieten

Nach einer AK-Studie sind die Salzburger Einkommen real um 1,2 Prozentpunkte gesunken. Seit 2009 stiegen die Preise um 11,7 Prozent an – die Einkommen aber um lediglich um 10,5 Prozent. Im gleichen Zeitraum sind die Quadratmetermieten in der Stadt Salzburg durchschnittlich um 14,1 Prozent, am Land um 13,6 Prozent gestiegen.

Jahrhundertprojekt Paracelsusbad

Bereits vor der Gemeinderatswahl 2009 forderte die KPÖ anstatt teurer Spaßbadkonstruktionen in Lieferung den Erhalt und die umfassende Sanierung des Paracelsusbads. Nach der Wahl wurde ein Neubau an der bisherigen Stelle beschlossen, da mit 25 Millionen billiger als das 50-Millionenprojekt „Spaßbad Lieferung“. Derzeitiger Stand: es gibt auch nach sechs Jahren Planung keinen Baubeginn (angeblich 2017) und die projektierten Kosten haben sich mit mittlerweile 54,4 Millionen mehr als verdoppelt.

MieterInnen von Maklerprovisionen entlasten

KPÖ Graz startet parlamentarische Bürgerinitiative

Neben den immer teurer werdenden Mieten machen die hohen Einstiegskosten das Wohnen zusehends unleistbar. Für Maklerprovisionen, Kautionen sowie die Vergebührung von Mietverträgen müssen Mieter bereits vor Bezug der Wohnung fast eine halbe Jahresmiete aufbringen. Besonders ärgerlich sind dabei die Maklerprovisionen. Im Regelfall vom Vermieter beauftragt, müssen

Makler vom Mieter bezahlt werden. Und das, obwohl Makler - z.B. bei der Erstellung des Mietvertrages - eher vermietterfreundlich agieren. So gilt in Deutschland seit 1. Juni 2015 das "Bestellerprinzip": wer den Makler beauftragt, zahlt ihn auch. Abhilfe kann nur eine eindeutige gesetzliche Regelung schaffen: Provisionen für die Vermittlung von Wohnungen zahlt immer der Vermieter!

Der Wegfall der "Maklerprovisionen für Mieter ist nicht nur fair, sondern bringt auch eine große Erleichterung für Wohnungssuchende", begründet Stadträtin Elke Kahr die langjährige Forderung der KPÖ.

Die KPÖ Salzburg unterstützt die Grazer Bürgerinitiative.

Mehr Informationen auf Seite 4

Parlamentarische Bürgerinitiative

Weg mit der Maklerprovision für Mieter!

Seit Jahren sind die Wohnungsmieten Spitzenreiter in der österreichischen Teuerungsstatistik. Hauptursache sind schwammige Gesetze, die die Tore für die Preistreiberei weit aufgemacht haben. Ein Punkt, der oft übersehen wird, ist die Rolle der Makler selbst. Da sich ihre Provision nach der Höhe der Miete berechnet, haben sie großes Interesse an maximalen Mieten.

Seit 1. Juni 2015 muss in Deutschland der Vermieter die Provision zahlen. Auch in anderen europäischen Ländern wie Großbritannien, Holland, Belgien, Norwegen, Irland oder der Schweiz muss der Mieter keine Provision zahlen. Der Wegfall der Maklerprovision für den Mieter ist nicht nur fair, sondern bringt auch eine Erleichterung bei den Einstiegskosten für Wohnungssuchende.

Deshalb fordert die KPÖ den Bundesgesetzgeber auf, zu beschließen:

Für die Kosten der Maklerprovision muss ausschließlich der Vermieter aufkommen.

Die Maklerprovision pro vermittelter Wohnung darf 500 Euro nicht überschreiten.

Die Unterschriftenliste ist unter <http://www.kpoe-steiermark.at> abrufbar

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift



Eine Initiative der KPÖ Graz Elke Kahr

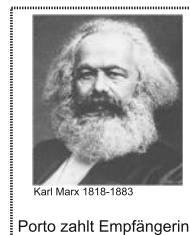
Unterschriften bitte an KPÖ Graz, Volkshaus, Lagergasse 98a, 8020 Graz senden.

Informationen und Bestellungen: Tel. 0316 / 71 24 79

Fax: 0316 / 71 62 91 • E-Mail: bl-graz@kpoe-graz.at • www.kpoe-graz.at

Ich möchte:

- mit Euch in Kontakt treten
- Informationen über die KPÖ
- Mitglied der KPÖ Salzburg werden
- die Salzburger Kommunalpolitik mitgestalten



Name

an die

Adresse

KPÖ Salzburg
Elisabethstr. 11
5020 Salzburg

PLZ/Ort

Telefon

Tel/(Fax): 0662(872244(4)

E-Mail

E-Mail: salzburg@kpoe.at

Web: www.kpoe-salzburg.at

Webtipps:

www.redglobe.de

www.kpoe.at

www.kpoe-salzburg.at

www.facebook.com/kpoe.salzburg

www.glb.at

www.dkp-online.de/uz

www.kpoe-steiermark.at

Impressum:

Kommunistische Partei

Österreichs, Bezirksleitung

Salzburg Stadt, Elisabethstr. 11,

5020 Salzburg, E-Mail:

sekretariat@kpoe-salzburg.at